Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1446

10.03.82

Sachgebiet 806

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD und FDP

zur Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 9/1424 —

Berufsbildungsbericht 1982

Die Verbesserung und Sicherung der Bildungs- und Berufschancen für die jungen Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen bleibt auch in den nächsten Jahren ein Schlüsselproblem unserer Gesellschaft.

Die Jugend erwartet die Sicherung ihrer Lebenschancen durch eine ausreichende Zahl qualifizierter Ausbildungsplätze.

Der Berufsbildungsbericht 1982 macht deutlich, daß die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots 1981 nicht befriedigend verlief und daß noch weitere geburtenstarke Schulentlaßjahrgänge auf ein vor allem regional unausgeglichenes Angebot an Ausbildungsstellen stoßen.

Bis 1980 war es gelungen, durch gemeinsame Anstrengungen von Arbeitgebern und Gewerkschaften, Bund und Ländern die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze in Betrieben und Verwaltungen um ein Drittel zu erhöhen, so daß heute mit über 1,7 Millionen mehr Ausbildungsverträge bestehen, als jemals zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Auch in Zukunft kommt es darauf an, durch Nutzung aller Ausbildungskapazitäten in Betrieben, Schulen und Hochschulen, eine „Ausbildungslücke" für die geburtenstarken Jahrgänge zu schließen.

Die private Wirtschaft hat, ebenso wie die öffentlichen Arbeitgeber, in den letzten Jahren durch ihre verstärkten Ausbildungsanstrengungen ihre gesellschaftspolitische Verantwortung deutlich gemacht. Dies ist ausdrücklich anzuerkennen. Aber auch in Zukunft muß alles getan werden, um das Ziel „Berufsbildung für alle" zu erreichen.

Besondere Anstrengungen sind dabei zur Verbesserung der Berufschancen von Mädchen, jungen Ausländern und benachteiligten Jugendlichen erforderlich.

Es geht darum, der gemeinsamen gesellschaftspolitischen Verantwortung gegenüber der jungen Generation gerecht zu werden. Dies liegt auch im Interesse von Handwerk, Handel und Industrie an der langfristigen Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Eine große Verantwortung tragen aber auch die öffentlichen Arbeitgeber im Bund, den Ländern und den Gemeinden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle an der beruflichen Bildung Beteiligten, die Anstrengungen zur Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes entschieden fortzusetzen und zu verstärken.

2. Der Deutsche Bundestag appelliert an die private Wirtschaft, entsprechend den Appellen ihrer Spitzenorganisationen alle freiwerdenden Ausbildungsplätze wiederzubesetzen und zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die öffentlichen Arbeitgeber im Bereich des Bundes trotz der schwierigen Haushaltssituation in ihren Anstrengungen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen nicht nachlassen und insbesondere in Ausbildungsberufen, die auch in der Wirtschaft verwendbar sind, stärker über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen dürfen nicht zuerst zu einer Verringerung von Ausbildungsplätzen führen.

4. Der Deutsche Bundestag beauftragt die Bundesregierung, bei den Wirtschaftsunternehmen mit Bundesbeteiligung für eine Beibehaltung und wenn möglich Ausweitung der in der Vergangenheit geleisteten Ausbildungsaktivitäten dieser Unternehmen trotz konjunktureller und betriebswirtschaftlich struktureller Schwierigkeiten zu werben.

5. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder und Gemeinden, ihren gesellschaftspolitischen und bildungspolitischen Anteil zur Versorgung der Jugendlichen mit qualifizierten Ausbildungsplätzen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu leisten.

6. Der Deutsche Bundestag appelliert an die jungen Menschen, in ihren Bemühungen um einen Ausbildungsplatz nicht nachzulassen und fordert die Eltern und Lehrer auf, sie dabei nachdrücklich zu unterstützen.

7. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Berufsberater, die Jugendlichen und ihre Eltern über das breite Spektrum der Ausbildungsberufe zu informieren, damit die Ausbildungswünsche sich nicht zu einseitig an den gängigen Berufen orientieren.

Bonn, den 10. März 1982

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838